

Weilburger Anzeiger

Kreisblatt für den  Oberlahnkreis

Amtliches Organ für sämtliche Bürgermeisterämter des Oberlahnkreises.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Kleinstes und gelesenstes Blatt im Oberlahnkreis.
Herausgeber Nr. 59.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fr. Cramer, Weilburg.
Druck und Verlag von H. Cramer
Großherzoglich Luxemburgischer Postfachamt.

Bezugspreis: monatlich abgeholt 85 Pfg., durch Posten gebracht
95 Pfg., durch die Post 2,85 Mk. vierteljährlich ohne Postgeld.
Einrichtungsgeld: 20 Pfg. die einseitige Zeile.

Nr. 11. — 1919.

Weilburg, Dienstag, den 14. Januar.

71. (79.) Jahrgang.

Amtlicher Teil

Bekanntmachung.

Für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung werden im 19. Wahlkreis, der die Provinz Hessen-Nassau ohne die Kreise Schaumburg und Schmalkalden, ferner den Kreis Wehlar vom Reg.-Bezirk Coblenz, sowie Waldeck nebst Pyrmont umfasst, nachstehende Wahlvorschläge — gemäß § 27 der Wahlordnung nach dem an erster Stelle genannten Bewerber bezeichnet — in folgender Form zugelassen:

I. Wahlvorschlag Dismann:

- 1) Bezirkssekretär Robert Dismann, Frankfurt a. M.,
- 2) Dr. med. Georg Wagner, Hanau,
- 3) Handlungsgehilfe Toni Sender, Frankfurt a. M.,
- 4) Gewerkschaftsbeamter Heinrich Hüttmann, Frankfurt a. M.,
- 5) Küfer Ernst Stadler, Nidda a. M.,
- 6) Betriebsleiter Jakob Greis, Wiesbaden,
- 7) Landwirt Wilhelm Thomas, Rehe (Oberwesterwald),
- 8) Eisenbahnhandwerker Heinrich Hertel, Frankfurt a. M.,
- 9) Arbeiterin Elisabeth Schulze, geb. Bindernagel, Frankfurt a. M.,
- 10) Schneider Albrecht Fauth, Wehlar,
- 11) Malermeister Fridolin Krönung, Fulda,
- 12) Elektromonteur Konrad Lang, Frankfurt a. M.,
- 13) Tischler Richard Köster, Marburg a. L.,
- 14) Gewerkschaftsbeamter Georg Bernard, Frankfurt a. M.,
- 15) Bergmann Hermann Rathschlag, Löhnberg a. L.

II. Wahlvorschlag Luppe:

- 1) Bürgermeister Dr. Hermann Luppe, Frankfurt a. M.,
- 2) Oberbürgermeister Erich Koch, Cassel,
- 3) Professor Walter Schäding, Marburg a. L.,
- 4) Dr. Anna Schulz, Frankfurt a. M.,
- 5) Landwirt Kornelius Trieschmann, Oberellenbach,
- 6) Rektor Wilhelm Breidenstein, Wiesbaden,
- 7) Arbeitersekretär Joseph Balzer, Frankfurt a. M.,
- 8) Fabrikant Fritz Kreuter, Hanau,
- 9) Maurermeister Christoph Müller, Cassel,
- 10) Oberlehrerin Charlotte Kappes, Marburg a. L.,
- 11) Postsekretär Karl Beschke, Frankfurt a. M.,
- 12) Pfarrer Karl Stein, Cassel,
- 13) Landwirt Arnold Schuster, Cubach b. Weilburg,
- 14) San.-Rat Dr. Paul Winkhaus, Bad Wildungen.

III. Wahlvorschlag Müller-Fulda:

- 1) Rentner Richard Müller, Fulda,
- 2) Sekretär Joseph Becker, Berlin,
- 3) Mittelschullehrer Jean Albert Schwarz, Frankfurt a. M.,
- 4) Volksvereinssekretär Wihl. Frank, Fulda,
- 5) Pfarrer Ferdinand Müller, Elz b. Limburg,
- 6) Privatier Wwe. Zoyla-Bontant, Frankfurt a. M.,
- 7) Kaufmann und Landwirt Franz Vogt, Hünfeld,
- 8) Dekan Wihl. Jost, Ransbach (Westerwald),
- 9) Redakteur Dr. Johannes Cramer, Hanau,
- 10) Buchdrucker Gerhard Heil, Frankfurt a. M.,
- 11) Pfarrer August Esel, Neustadt, (Kr. Kirchhain, Bez. Cassel),
- 12) Fabrikant, Joseph Ohlig, Montabaur,
- 13) Amtsgerichtsrat Franz Aulh, Cassel,
- 14) Landwirt Georg Esel, Montabaur,
- 15) Frau Gymnasialdirektor Anna Beckmann, Limburg a. L.

IV. Wahlvorschlag Rieker:

- 1) Universitätsprofessor Geh. Justizrat Dr. Jakob Rieker, Berlin,
- 2) Amtsgerichtsrat und Justiziar der Landwirtschaftskammer Emil Lieber, Wiesbaden,
- 3) Arbeitersekretär Fritz Geister, Frankfurt a. M.,
- 4) Stadtverordnetenvorsitzer, Chemiker Dr. Wilhelm, Ferdinand Kalle, Biebrich a. R.,
- 5) Frau Julie Boffermann, Mannheim,
- 6) Eisenbahndirektor Ingenieur Christian Banja, Limburg,
- 7) Fabrikant Dr. Hermann Rumpf, Frankfurt a. M.,
- 8) Fabrikant Dr. Wihl. Heraeus, Hanau a. M.,
- 9) Kaufmann und Leichwirt Friedrich Behle, Bad Homburg v. d. Höhe,
- 10) Schornsteinfegermeister Jean Frank, Frankfurt a. M.,
- 11) Oberlehrerin Julie Belde, Frankfurt a. M.,
- 12) Kreisarzt Dr. Jürgen Lüder, Dillenburg,
- 13) Professor Hans Köppe, Marburg a. L.,
- 14) Landesbibliothekar Dr. Wilhelm Hopf, Cassel,
- 15) Schriftsteller Dr. Friedrich Böttcher, Mengershausen i. Waldeck.

V. Wahlvorschlag Scheidemann:

- 1) Volksbeauftragter Philipp Scheidemann, Berlin-Steglitz,
- 2) Schriftsteller Dr. Max Quark, Frankfurt a. M.,

- 3) Stadtverordneter Georg Thöne, Cassel,
- 4) Schriftsteller Gustav Hoch, Hanau,
- 5) Schuhmachermeister Friedrich Brühne, Sachsenhausen,
- 6) Ehefrau Johanna Tesch, Frankfurt a. M.,
- 7) Rechtsanwalt Dr. Hugo Sinzheimer, Frankfurt a. M.,
- 8) Ziseleur Max Groger, Frankfurt a. M.,
- 9) Gewerkschaftssekretär Albert Grzesinski, Cassel,
- 10) Ingenieur Theo Tigges, Schlüchtern,
- 11) Gewerkschaftssekretär Fritz Ehrler, Eschersheim bei Frankfurt a. M.,
- 12) Weißbindermeister Philipp Stein, Hochstadt,
- 13) Schlosser Andreas Weber, Griesheim,
- 14) Landwirt Heinrich Bräutigam, Landau (Waldeck),
- 15) Geschäftsführer Paul List, Hersfeld.

VI. Wahlvorschlag Weidt:

- 1) Pfarrer Karl Weidt, Frankfurt a. M.,
- 2) Amtsgerichtsrat Wilhelm Lattmann, Schmalkalden,
- 3) Professor Viktor Weidt, Marburg a. L.,
- 4) Direktor Wilhelm Leudt, Godesberg,
- 5) Schneiderm. Alexander Ruffart, Dornberg (Bez. Cassel),
- 6) Landwirt Frh. Just, Löhewig b. Dornberg (Bez. Cassel),
- 7) Fräulein Elisabeth Consbruch, Cassel,
- 8) Oberpostsekretär Hermann Frese, Cassel,
- 9) Arbeiterverbandssekretär Peter Bohre, Cassel,
- 10) Landwirt Heinrich Belle, Eberinghausen (Waldeck),
- 11) Lehrer Harry Blume, Cassel,
- 12) Lokomotivführer Friedrich Ged, Cassel,
- 13) Oberrealschuldirektor Dr. Wilhelm Israel, Oberursel,
- 14) Arbeiter Karl Eduard Seiler, Langenbach b. Marienberg (Westerwald),
- 15) Landwirt Adolf Recknagel, Strauchmühle.

VII. Wahlvorschlag Bahmann:

Schriftsteller Carl Bahmann, Frankfurt a. M.
Die Wahlvorschläge Röm. III Müller-Fulda, Röm. IV Rieker-Berlin, Röm. VI Weidt-Frankfurt a. Main sind miteinander verbunden.

Zur Erläuterung der rechtlichen Bedeutung der Wahlvorschläge und ihrer Verbindung wird folgendes bemerkt:
Der Wähler ist in der Auswahl der Bewerber beschränkt. Er darf nur Namen aus einem einzigen der vorstehend veröffentlichten Wahlvorschläge entnehmen, muß sich also, wenn er sein Wahlrecht gültig ausüben will, zu einem dieser Wahlvorschläge bekennen. Das Entnehmen von Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen hat die Ungültigkeit des Stimmzettels zur Folge. Die Hinzunahme von „Wilden“ d. h. von Personen, die auf keinem der öffentlich bekannt gegebenen Vorschläge benannt sind, ist dagegen unschädlich, aber auch unwirksam. Sind auf einem Stimmzettel nur Wilde benannt, so ist er ungültig.

Innerhalb des Wahlvorschlags, für den sich der Wähler entscheidet, kann er jede beliebige Änderung vornehmen, insbesondere also die Reihenfolge ändern, einzelne Namen streichen oder wiederholen. Alle diese Änderungen berühren nicht die Gültigkeit des Wahlzettels, sind aber auch ohne Einfluß auf das Wahlergebnis, da die gültigen Stimmzettel ohne Rücksicht auf ihre Vollständigkeit und die Reihenfolge der Benennungen den einzelnen Wahlvorschlägen zugerechnet werden und jeder Stimmzettel, der einem bestimmten Wahlvorschlag zugerechnet werden kann, so bewertet wird, als ob er mit dem Wahlvorschlag völlig übereinstimme.

Die verbundenen Wahlvorschläge bleiben bei der Wahl selbständig. Auch hier darf der Wähler nur Namen aus einem einzigen Wahlvorschlag entnehmen. Erst bei der Verteilung der Abgeordnetenstimmen gelten die verbundenen Wahlvorschläge den anderen Vorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag. Die auf diese Weise der Gruppe der verbundenen Wahlvorschläge zugefallenen Sitze werden sodann auf die einzelnen Wahlvorschläge der Gruppe nach dem Verhältnisse der Stimmen verteilt.

Cassel, den 13. Januar 1919.

Der Wahlausschuß des 19. Wahlkreises
für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

Fritsch.

Beckmann, Leinemeyer, Pabst, Winter.

L. 175. Weilburg, den 11. Januar 1919.
An die Herren Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises.

Bezieht die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung.
Die Wahlen finden am Sonntag, den 26. Januar 1919, von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr statt.

Die Stimmbezirke, die Wahlortsteher, deren Stellvertreter, sowie die Räume, in denen die Wahlen stattfinden, bleiben dieselben wie für die Wahlen zur deutschen Na-

tionalversammlung bestimmt und im Kreisblatt Nr. 6/1919 bekanntgegeben worden sind.

Die Bekanntmachung vom 6. Januar d. Js. im Kreisblatt Nr. 6 findet daher auch für die Wahlen zur preussischen Landesversammlung analog Anwendung mit der Maßgabe, daß die Wahlprotokolle mit den sämtlichen dazu gehörigen Schriftstücken an den Wahlkommissar Oberregierungsrat von Lenge zu Cassel, Regierungsgebäude, Schlossplatz 6, Zimmer 28 mittels eingeschriebenen Briefes abzusenden sind.

Die Wahlzettel, zu der die Formulare vor Kurzem übersandt sind und welche inzwischen wohl aufgestellt sein wird, ist mit folgender Bescheinigung zu versehen:

„Abgeschlossen mit der amtlichen Bescheinigung, daß das vorliegende Exemplar mit dem vorchriftsmäßig offengelegenen und abgeschlossenen Hauptexemplar der Wählerliste für die Wahl zur deutschen Nationalversammlung völlig übereinstimmt.“

....., den .. Januar 1919.

Der Gemeindevorstand.

(Unterschrift.)

Ferner:

„Daß die Abgrenzung des Stimmbezirks, der Name des Wahlortsteher und seines Stellvertreters, Wahlraum, Tag und Stunde der Wahl acht Tage vor dem Wahltermin in ortsüblicher Weise bekannt gemacht worden sind, wird hiermit bescheinigt.“

....., den .. Januar 1919.

Der Gemeindevorstand.

(Unterschrift.)

Der Landrat.

Nichtamtlicher Teil

Die Hemmungen im Eisenbahnverkehr.

Der Fernverkehr der Eisenbahnen wird noch im großen und ganzen aufrecht erhalten. Auch nach dem Osten des Reiches wird der Verkehr nach Möglichkeit durchgeführt. Die Schnellzüge sind zum Teil umgeleitet, die Personenzüge werden bis Posen durchgeführt. Bis auf eine Ueberwachung der Reisenden in Bentschen ist diese Strecke von den Polen unbelästigt.

Die Strecke Posen-Thorn ist an verschiedenen Stellen durch Zerstörungen unterbrochen; ein Zugverkehr ist hier unmöglich. Die über Schneidemühl-Bromberg-Thorn umgeleiteten Züge verkehren noch, obwohl die Station Rakel von Polen besetzt ist. Angesichts der augenblicklichen Lage haben die Eisenbahnbeamten von dem der Regierung angedrohten Generalfreistück abgesehen.

Die Berliner Vorortverkehr sind bis auf den Schlesischen Bahnhof in Händen der Regierungstruppen. Um den Besitz des Anhalter und Potsdamer Bahnhofs kam es im Laufe der Nacht und Mittwochs vormittag zu einigen Gefechten, wobei die Spitzkugeln mit blutigen Köpfen abgeworfen wurden.

Der Berliner Vorortverkehr ist in vollem Umfange wieder aufgenommen, ebenso ist der Verkehr der Züge über die Stadt- und Ringbahn bis zur Stunde wieder regelmäßig; es ist jedoch hier eine Störung zu erwarten, da der Schlesische Bahnhof im Laufe des Tages von seiner Besetzung befreit werden soll.

Der Güterverkehr (Kohlen- und Lebensmitteltransport) ist bisher in keiner Weise gestört worden.

Aus Weilburg und Umgegend

Weilburg, den 14. Januar 1919

— Den Steuereinschätzungscommissionen steht ein unliebsame Ueberraschung bevor. Die Zahl der großen Einkommen und Vermögen verringert sich. Das wird schon 1919 zu erkennen sein, 1920 aber mit aller Deutlichkeit in die Erscheinung treten. Das geht ganz natürlich und ohne Steuerfucht zu. Der Kursstand aller Wertpapiere ist so gegen den Anschaffungspreis gesunken, daß ein beträchtlicher Vermögensausfall entstanden ist. Das gilt auch für die Staatspapiere, städtische Anleihen usw. Und den Dividendenpapieren steht das gleiche Schicksal bevor, da mit einem großen Sinken der Dividenden zu rechnen ist. Das verändert natürlich auch die Einkommen bedeutend, und die direkten Steuern werden einen erheblichen Sturz zu verzeichnen haben. Besonders unangenehm wird das für die recht sehr angewachsenen Kommunalsteuereinzugsätze werden. Drei feste Jahre für das Kuponsabschneiden sind vorbei, und die Gesamtheit der Steuerzahler hat die Folgen zu tragen. Wie viel die Kapitalisten zur Steuersumme beitragen, wird klar werden, wenn ihre Leistungsfähigkeit vermindert. Das ist eine der bösen Folgen, wenn in den industriellen Betrieben die Ausgaben die Einnahmen aufressen.

Die deutsch-nationale Volkspartei und der Bund der Landwirte hielten gestern nachmittag im Saalbau eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab, in welcher die Herren Pfarrer Weidt und Dr. Pieper, beide aus Frankfurt, Vorträge hielten. Ersterer Redner besprach das Programm der Deutsch-nationalen Volkspartei, letzterer dasjenige des Bundes der Landwirte. Beide Parteien sind zugutegelegt in den Wahlkampf eingetreten, um unter Vaterland aus der schweren Not und Tiefe wieder einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Die Forderungen der Redner sind kurz folgende: eine entschiedene und energische Sozialpolitik, desgleichen eine kräftige Mittelstandspolitik, es gilt weiter einzutreten für den kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden, sowie für eine gesunde Anstellungspolitik, aber keine Uebertreibung der Sozialisierungsbestrebungen. Berücksichtigung der Forderungen der evangelischen Kirche, da man zu dem Aufbau unseres Volks der Religion nicht entbehren kann. Gegen die Trennung der Kirche vom Staate ist nichts einzuwenden, nur muß sie so geschehen, daß die Kirche nicht dabei zu kurz kommt. Deutsche Art, deutsches Gemüt, Geistes- und Glaubensleben sollen erhalten bleiben. Das deutsche Volk soll nicht sterben, sondern leben! Beide Redner forderten die Versammlung auf, für die Liste der deutsch-nationalen Volkspartei einzutreten. Ihre Ausführungen fanden den Dank der Anwesenden.

Die Zentrumspartei. Unter großer Beteiligung der Frauen sprach gestern abend im Deutschen Hause die Zentrumskandidatin für die Nationalversammlung, Frau Gymnasialdirektor Dr. Beermann von Limburg über die Rechte und Pflichten der Frau, über die Wünsche und Forderungen, die an die Regierung in bezug auf den Wiederaufbau Deutschlands, den Schulunterricht, die Freiheit der Religionsübung, der Belohnung der Leistungen der Frauen und den Schutz der arbeitenden Frauen gestellt werden müßten. In kultureller Beziehung trat sie ein für Freiheit der christlichen Charitas, Schutz der christlichen Ehe, besondere Berücksichtigung der kinderreichen Familien und schärfsten Kampf gegen die Unfruchtbarkeit; sie fordert hauswirtschaftliche Ausbildung der Mädchen, Einführung der Zwangsfortbildungsschulen für dieselben und den Nachweis, daß diese eine Hausabhaltung führen können. Mit dem Ausspruch Napoleons: „Der Sieg der Schlachten ist bedingt durch die Trägheit der Zeiten“ schloß Rednerin ihre mehr als einstündigen, mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen und ihre Ermahnung zur aktiven Ausübung des Wahlrechtes. An der Diskussion, die anregend und lebhaft geführt wurde, beteiligten sich hauptsächlich Hl. Müller, Hl. Schmid und Herr Pfarrer Derr, der um 10 Uhr die Versammlung mit Worten des Dankes für die zahlreiche Beteiligung und die eindrucksvollen Ausführungen der Rednerin schloß.

Postkassette. Im Verkehr mit den Brückentopfgebieten Mainz und Coblenz südlich der Bahn sind zugelassen: Verschllossene gewöhnliche und eingeschriebene Geschäftsbriefe, geschäftliche Drucksachen u. Warenproben, ferner sämtliche Briefe an und von Behörden.

Aus Runkel und Umgegend

Runkel, den 14. Januar 1919.

Deutsche Volkspartei. Heute abend 8 Uhr findet im Saalbau Thomas dahier eine öffentliche Volksversammlung statt, in der der Kandidat zur Nationalversammlung, Herr Direktor Bansa sprechen wird. Zahlreicher Besuch ist dringend erwünscht.

Vermischte Nachrichten

Hünfeld, 10. Jan. Der Landsturmmann Adolf Kohn aus Mittelsachsenbach (Pang) von einem hier durchgehenden Zug ab. Infolge des schweren Gepäcks, das er auf dem Rücken trug, kam er zu Fall und geriet unter die Räder des Zuges, die ihm beide Beine abfuhrten.

Frankfurt, 12. Jan. Wie aus dem „Generalanzeiger“ zu ersehen ist, verkehren im Hauptbahnhof Frankfurt jetzt täglich nur 75 Züge. Vor dem Kriege waren es 250. Nach Berlin geht nur ein direkter Zug, und zwar um 4.44 Uhr morgens.

Letzte Nachrichten.

Staatsstreik in Luxemburg.

Reuter und Havas melden vom 9. Januar: In Luxemburg ist ein Staatsstreik erfolgt. Der Führer der liberalen Partei, Broffeur, brachte bei Beginn der Kammer Sitzung eine Tagesordnung ein, in der die Absetzung der Dynastie beantragt wurde. Der Führer der sozialistischen Partei, Mard, schloß sich unter dem Beifall der Tribünen dem Antrag an. Die Rechte protestierte, während sich die sozialdemokratischen Abgeordneten, die allgemein mit der Rechten stimmen, passiv verhielten. Der Präsident hob unter Hinweis auf die lärmenden Kundgebungen des Publikums die Sitzung auf.

Die Entente für Einstellung des polnischen Vormarsches?

„Kurier Warszawski“ meldet: Aus Paris traf in Warschau die Nachricht ein, daß die Entente den obersten polnischen Volktrat in Polen zur Einstellung der Offensiven gegen die Deutschen aufgefordert habe mit der gleichzeitigen Zusicherung, daß die polnischen Truppen in der nächsten Zeit Ausrüstungen, Munition und Waffen erhalten werden. Die Armee Gollers werde schon in diesem Monat nach Warschau abtransportiert werden, wo sie als Hilstruppe der Entente unter dem Kommando Pilsudskis zum Dienste in Polen bestimmt sei.

Aufhebung der Blockade?

Die „New York World“ meldet aus Paris: Die Alliierten sind nunmehr geneigt, die Blockade gegen Deutschland aufzugeben, um die Bekämpfung des Bolschewismus zu erleichtern.

Bekanntmachungen der Stadt Weilburg.

Die Geschäftsinhaber werden wiederholt ersucht, für Rechnung der Stadt nur dann Waren zu verabsorgen, wenn der Empfänger einen mit unserem Dienststempel versehenen Liefer- oder Bestellchein vorlegt.

In Zukunft werden wir alle Rechnungen zurückweisen, denen die Lieferseine nicht beigelegt sind.

Weilburg, den 10. Januar 1919.

Der Magistrat.

Im Schellhof darf in Zukunft Schutt nur nach vorheriger Anmeldung bei Friedrich Keller, Lackfabrik abgeladen werden, der den Abladeplatz anweist.

Weilburg, den 13. Januar 1919.

Der Magistrat.

Landwirtschaftsschule Weilburg.

Wiederbeginn der Schule am Mittwoch, den 15. Januar, morgens 8 Uhr.

Der Direktor.

Freiwillige Versteigerung.

Mittwoch, den 15. Januar, vormittags 10 Uhr, werde ich im Auftrage des Herrn D. Meurer von hier wegen Aufgabe der Posthalterei im Posthofe zu Weilburg

4 sehr gut erhaltene Landauer, 1 Halbverdeck mit abnehmbarem Vordach, 4 Schlitten mit den dazu gehörigen Schellengeläuten, 1 leichter Oekonomiewagen mit Kasten und Leitern (ein- und zweispännig zu fahren), eine große Anzahl Ein- und Zweispänner-Pferdegeschirre für Chaisen und Adressen, Kutsche für Postkutschwerk, 3 Paar ff. Blattgeschirre, Fliegenetze pp., 2 Kleiderchränke, Regemühle, Flug, Egge, ein fast noch neuer Kartoffeldämpfer, sonstige Oekonomiegeräte und ein 22 Monate altes belg. Fohlen

Öffentlich meistbietend und gegen gleich bare Zahlung versteigern. Freihandverkauf findet nicht statt.

Adolf Baumann.

Bekanntmachungen der Stadt Runkel

Die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung finden

Samstag, den 19. Januar 1919, von vorm. 9 bis abends 8 Uhr für die Wähler der Stadt Runkel in dem Stadthaus statt.

Wahlloosführer: Bürgermeister Reymann, Stellvertreter: Bezirksordner Stengler.

Runkel, den 8. Januar 1919.

Der Magistrat.

Die Rechnungen über Leistungen und Lieferungen pro Oktober/Dezember 1918 sind bis zum 29. ds. Mts. einzureichen.

Runkel, den 8. Januar 1919.

Der Magistrat.

Stahlhauer

bei gutem Lohn gesucht.

Näheres zu erfahren durch Bruchmeister Friedrich Feinweber in Gaudernbach.

~~~~~  
Gut gepflegte 1916er und 1917er

## Weissweine

in Flaschen empfiehlt

Weinhandlung Dienstbach.

~~~~~

Jahrbuch

des Deutschen Krieger-Bundes

Kalender für 1919. — Preis 60 Pf.

Dieser Kalender wird besonders den Mitgliedern derjenigen Kriegervereine empfohlen, die das Jahrbuch nicht bezogen haben.

Zu haben bei

A. Cramer.

Öffentlicher Wetterdienst.

Voraussichtliche Witterung für Mittwoch, den 15. Januar. Abnahme der Bewölkung, höchstens noch vereinzelt leichte Niederschläge, nachts Frost.

Briefkasten.

Nach Laubschschbach. Einsendungen ohne Namensunterschrift sind zwecklos und fliegen in den Papierkorb.

Jämlicher Teil.

J. Nr. II. 352. Weilburg, den 13. Januar 1919.

An die betr. Herren Bürgermeister.

Die Einsendung der Bestandslisten über die Kartoffel- und Getreideaufnahme wird in Erinnerung gebracht und mit nächster Post bestimmt erwartet.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Danksagung.

Für die uns beim Tode unseres lieben Vaters, Schwiegervaters und Grossvaters erwiesene Teilnahme sprechen wir hiermit unsern herzlichsten Dank aus.

Runkel, im Januar 1919.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Adolf Nattmann.

Versteigerung.

Donnerstag, den 16. Januar 1919, vormittags 11 Uhr, wird im Hofe des Marschalles

Pferdebredung

öffentlich gegen Barzahlung versteigert.

H. G. H. A. M. 27 & 31. Weilburg.

Demokratische Partei.

Mittwoch, den 15. Januar, nachmittags 4 Uhr findet im Saalbau in Weilburg eine

Soldaten-Versammlung

statt, zu der wir alle Militärpersonen einladen.

Redner: Dr. Schwarte.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Am Donnerstag, den 16. Januar, kommen eine Anzahl

Wagen

auf dem Hofe der Unteroffizierschule in Wehlar zur öffentlichen Versteigerung. Die Käufer müssen im Besitz eines Ausweises der Polizeibehörde sein, daß sie einen Wagen zum eigenen Bedarf in ihrem Betriebe benötigen, und sich verpflichtet haben, denselben nicht weiter zu verkaufen.

Wehlar, den 13. Januar 1919.

Garnisonkommando.

Berfammlungen.

Demokratische Partei.

14. 1. Polen 3.00 Uhr, Eschenau 6.30 Uhr, Schöndorf 7.00 Uhr, Schupbach 7.00 Uhr, Oberkiesbach 7.00 Uhr, 15. 1. Altenkirchen 7.00 Uhr, Bernbach 7.00 Uhr, Selters 7.00 Uhr, Philippstein 7.00 Uhr, Falkenbach 7.00 Uhr, Numenau 8.30 Uhr.

~~~~~

Anstaltsdeutsche

suchen für sofort für längere

Zeit elegant möblierte

3 Zimmerwohnung

mit Küche und Nebenräumen.

Angebote a. d. Exped.

~~~~~

Walders rotes Fräulein.

Ende 40 sucht älteren Herrn

von 60—70 Jahren mit et-

was Vermögen zwecks

Heirat.

Offerten postlagernd L. R. Graßhausen.

Zigarren, Zigaretten,

kauft jeden Posten.

Angeb. unter A. B. 111 an die Expedition.

~~~~~

Empfehle mich in allen

## Näharbeiten.

Frau Heinrich Diemann,

Löhnbergweg 5.

~~~~~

Bädergefelle

sucht alsbald Stellung.

Zu erf. i. d. Geschäftst.

Verloren.

Auf dem Wege Aulenhäusen-Weilburg wurden am 30. Dezember v. J. 2 Kriegskammern des Feld-Art.-Regt. Nr. 280 verloren. Abgabe gegen Belohnung beim Feld-Art.-Regt. 27, Weilburg, erbeten.

Tücht. Schreiner

auf seine Möbel und Kirchenarbeit sofort gesucht, auch wird ein Lehrling angenommen.

Albert Jungnickel

Wdh. u. Schreiner,

Hofen bei Runkel.

~~~~~

Tüchtiger

Schneidergeselle

auf sofort gesucht. Kost und Logis im Hause.

J. Ralm, Schneidm.

~~~~~

Für Groß- u. Kleinkauf

Zigarren und

Zigaretten

in jeder Preislage, reiner

Rauchtabak

zu haben bei

G. Girschhäuser,

Weilmünster.

~~~~~

## Verloren!

Gestern abend um 5 Uhr wurde in der Niedergasse ca. 1 1/2 Meier grüner Stoff verloren. Gegen Gute Belohnung erbittet Rückgabe Niedergasse 8.

## Ein Polizeihund

zugelassen. Abzuholen bei Langenbach, Polizeidiener, Waldhausen.

# Der Wähler

Zeitung für alle Frauen und Männer

## Was wollen die Demokraten?

### Ruhe und Ordnung.

Ruhe und Ordnung im ganzen Reiche herzustellen und aufrecht zu erhalten, das muß jetzt die erste Sorge jedes guten Deutschen sein. Die furchtbaren Gefahren bedrohen unser Vaterland und bedrohen jeden Einzelnen von uns mit samt seiner Familie. Der militärische Zusammenbruch hat auch unsere ganze Ernährungswirtschaft über den Haufen geworfen. Deutsche Heere, die doch zum Teil in Belgien und Frankreich, Rußland und Rumänien ernährt wurden, gehen jetzt mit an unseren eigenen großen Nationen. Die letzte Ernte konnte nur langsam und unter Verlusten herangeholt werden, weil die fremden Gefangenen der Landwirtschaft plötzlich entzogen wurden, und neue Arbeitskräfte noch nicht in genügendem Maße zu ihr herankommen. Unsere Kohlenförderung ist durch wilde verbrecherische Streiks weit hinter dem dringenden Bedarf zurückgeblieben, unser Eisenbahnverkehr ist durch die Ablieferung von Lokomotiven und Bahnwagen, die der Feind verlangt hat, fast vollständig lahmgelegt. Wir stehen vor der Gefahr, daß unser ganzes Wirtschaftsleben in sich zusammenstürzt. Alles, was wir in der Kriegszeit erlitten haben, ist nichts im Vergleich zu der grauenhaften Hungersnot, und Verelendung, der Deutschlands Volk dann zum Opfer fallen müßte. Wüsten, Anarchie und knirschende Einmischung des Auslandes wären die weitere Folge.

Sollen wir nicht alles aufbieten, eine so furchtbare Katastrophe zu vermeiden? Unserem so schwer gepeinigten Volke dieses Neueste zu ersparen? Unserem Volke, was heißt das? Das heißt, uns Allen, auf dem Lande wie in der Stadt, uns Männern, uns Frauen und unseren Kindern. Deshalb verlangen wir Demokraten Ruhe und Ordnung, und wir wollen an der Spitze des Reiches eine Regierung sehen, die den Entschluß aufbringt und die Macht sich sichert, die Majerei des

Völkchens zu erlösen.

### Keine Straßenherrschaft!

Wir Demokraten wollen keine „Diktatur der Arbeiterklasse“, wie sie Karl Marx, der Vater der ganzen deutschen Sozialdemokratie, verlangt hat, aber wir wollen erst recht keine Regierung eines Liebknecht und Ledebour und des Berliner Straßenpöbels, den diese bolschewistischen Spontaneitätsführer bewaffnet haben.

Wir wollen ebenso wenig eine Wiederkehr des alten Regierungssystems. Die Dynastien und Monarchen, die trotz der Ueberlieferungen von Jahrhunderten wehrlos der Umwälzung zum Opfer gefallen sind, und teilweise recht würdevoll ihren Posten verlassen haben, können nicht zurückgeführt werden, ohne die Gefahr eines Bürgerkrieges heraufzubeschwören. Das Kaiserthum kann nicht wieder hergestellt werden! Aber erst recht würden wir uns jedem Versuche widersetzen, das deutsche Volk noch einmal der Herrschaft einer konservativen Adelschicht, einer verästelten Bürokratie, eines machthungrigen Militarismus zu unterwerfen. Wir stehen fest auf dem Boden der

deutschen demokratischen Republik.

### Rechtsfrieden und Reichseinheit.

Unsere erste Sorge muß heute der Abschluß des Friedens sein. Wir deutschen Demokraten haben immer, auch als unsere Heere siegreich im Feindesland standen, davor gewarnt, fremde Völker zu vergewaltigen, weil wir gewußt haben, daß damit auch unserem eigenen Volke kein Segen beschleichen würde. Unrecht Gut geheißen nicht. Aber jetzt, wo sich das

Kriegsglück gegen uns selbst gewandt hat, wo wir dem furchtbaren Ansturm einer ganzen Welt von Feinden zuletzt doch erliegen sind, jetzt rufen wir auch den Siegern zu: Hütet Euch vor Vergewaltigung und Vernichtung unseres ohnmächtigen Vaterlandes! Ihr wollt einen dauernden Frieden haben, aber das deutsche Volk läßt sich nicht dauernd in Knechtschaft halten. Nur ein Frieden, der auf der Gerechtigkeit gegründet ist, wird der Welt Sicherheit und Ruhe zurückgeben. Wir sind für eine energische Herabminderung der wahnsinnig gesteigerten Rüstungskosten, die aber gleichmäßig in allen Ländern erfolgen muß. Und wir sind für einen ehrlichen Völkerbund, der allen Nationen die gleichen Rechte gibt.

An der Spitze unseres Programmes steht die Forderung: Erhaltung der Reichseinheit.

Keine Zerstückelung von außen! Die frechen Angriffe der Polen, die wir aus russischer Knechtschaft befreit haben, müssen mit aller Kraft, die das deutsche Volk noch aufbringt, zurückgeschlagen werden. Aber auch keine Selbstzerstückelung! Zentrumskreise sind es, die im Rheinland den Gedanken einer Trennung vom deutschen Reiche aufgeworfen haben, und angeblich einen neutralen Pufferstaat zwischen uns und den Franzosen schaffen wollen. Zentrumskreise waren es, die auf einen Sonderfrieden Bayerns hingearbeitet und mit Rheinbundplänen gespielt haben. Zentrumskreise haben davon gesprochen, die Provinz Schlesien zu einem selbständigen Staate zu machen. Das alles sind Landesverräter, die von der Vernichtung jedes ehrlichen Deutschen getroffen werden.

### Wiederaufbau.

Die Reichseinheit muß gesichert sein. Aber dann müssen wir an den Wiederaufbau im Innern denken, und da ist die erste Voraussetzung

freier Raum für die wirtschaftliche Arbeit.

Wir wollen keine bürokratische Zwangswirtschaft mehr, aber wir wollen auch keine Vergewaltigung aller Produktionsmittel, wie sie von der Sozialdemokratie, von allen sozialdemokratischen Parteien, erstrebt wird. Nur die frische kräftige Initiative jedes einzelnen Gewerbetreibenden, Industriellen, Kaufmanns und Landwirts kann uns dazu helfen, das niedergebrogene deutsche Wirtschaftsleben allmählich wieder aufzubauen. Gewiß wollen wir auch keine Ausbeutung des Volkes durch private Monopole, und wo die Gefahr solcher Ausbeutung besteht, wo die Ueberführung einer Industrie in das Eigentum der Allgemeinheit die Produktionskraft nicht herabzumindern droht, da verlangen wir, daß nach gründlicher Vorbereitung an die Sozialisierung solcher Wirtschaftszweige herangegangen werde.

### Bauernpolitik.

Auf dem Gebiete der Landwirtschaft kann es kein Wirtschaftssystem geben, als dasjenige, welches auf dem Privateigentum beruht. Hier darf von keinerlei sozialistischen Experimenten die Rede sein. Wir Demokraten verlangen, daß aller überflüssige Großgrundbesitz, besonders im Osten Deutschlands, an Bauernsöhne und Landarbeiter aufgeteilt werde und vor allem auch an die aus dem Felde Heimgekehrten, denen das Vaterland so Vieles zu danken hat. Aus der Kraft seines Bauernstandes heraus wird das deutsche Volk wieder gesunden müssen. Woher waren die Maßnahmen der Regierung und ihrer Behörden vorwiegend von den Interessen der einflußreichen Fideikommissherren und Rittersgutsbesitzer beherrscht. Davon kann in einer Demokratie keine Rede mehr sein. Wir wollen keine Fide-

kommiss mehr und keinerlei Vorrechte der großen Herren. Auch nicht in den Landwirtschaftskammern, in den Kreistagen usw. und wir wollen nichts mehr hören von der Betterwirtschaft, die mancher Landrat getrieben hat, nichts mehr von der Benachteiligung der kleinen und mittleren Landwirte bei der Abschätzung des Bodenwertes zu Steuerzwecken. Die Landpolitik der Deutschen Demokratischen Partei ist Bauernpolitik.

### Soziale Gerechtigkeit.

Wir Demokraten wenden uns aufs schärfste gegen den übertragenden Einfluß, den Schwerindustrie und Großkapital bisher, oft heimlich, auf unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik ausgeübt haben. Nicht das Interesse des Kapitals darf in erster Linie stehen, sondern nur der Ertrag der Arbeit, der selbständigen und der unselbständigen Arbeit. Energetische Fortführung der Sozialpolitik sehen wir nicht als eine Sache des guten Willens und der Gnade an, sondern als ein soziales Recht, auf das die arbeitenden Klassen einen festen Anspruch haben. Aber wir sind auch der Ansicht, daß Sozialpolitik nicht nur für die eigentliche Arbeiterklasse da ist, sondern daß ebenso sehr andere Stände ihrer bedürfen, insbesondere der Mittelsstand und alle Selbstbesoldeten, die unter den furchtbaren Lasten der Kriegszeit am allerschwersten gelitten haben. Als wichtigstes Gebot der Gerechtigkeit aber heißt es in den Jahren, die jetzt kommen werden,

soziale Steuerpolitik!

treiben. Zu der gewaltigen finanziellen Belastung von 4½ Kriegsjahren werden die schweren Wunden hinzukommen, die uns der Feind im Friedensvertrage auferlegen wird. Wir werden mit sehr hohen Einkommens-, Erbschafts- und Vermögensabgaben rechnen müssen. Aber die Demokratische Partei verlangt, daß dabei die ganz hohen Einkommens- und Vermögensstufen sehr viel stärker herangezogen werden, als es bisher der Fall war. Das eigentliche Arbeitseinkommen und die kinderreichen Familien müssen dafür entsprechend entlastet werden. Unsere Kriegsanleihen wollen wir dauernd gesichert wissen, aber die großen Kriegsgewinne, die das Volk so schwer belastet haben, sollen jetzt, soweit sie noch irgend erreichbar sind, der Allgemeinheit wieder zugeführt werden.

### Die Schule gehört dem ganzen Volke.

Wir Demokraten verlangen, daß höhere Schulbildung in Zukunft nicht mehr ein Vorrecht der besitzenden Klassen sei. Jedem Gefähigten muß der Aufstieg ermöglicht und erleichtert werden. Nicht nur der Unterricht, sondern auch die Lehrmittel sollen unentgeltlich sein. Jeder Zwang des Gewissens wird von der Demokratie abgelehnt, aber in der Entfernung des Religionsunterrichtes aus der Schule, wie sie von den Sozialdemokraten gefordert wird, sehen wir Demokraten eine Vergewaltigung der Volksmehrheit. Die Trennung von Staat und Kirche muß ohne jede Feindseligkeit gegen die Kirche erfolgen. Freiheit jeder Religionsübung und jeder Weltanschauung!

Das sind die Grundlagen, auf denen wir Demokraten an der Wiederaufrichtung des zusammengebrochenen Vaterlandes tatkräftig mitzuarbeiten entschlossen sind. Nicht aller Frauen und Männer, die nur von Ordnung, Gerechtigkeit und Freiheit eine sichere Zukunft für sich und ihre Kinder erhoffen, ist es heute, in unsere Reihen zu treten und am 19. Januar die Stimme abzugeben für

die Liste der Deutschen Demokratischen Partei, die Liste Luppe.

### Achtung!

Bei der Wahl zur Nationalversammlung kann nur für die von den Parteien aufgestellten und eingereichten Listen gestimmt werden. Der Wähler gibt einen Stimmzettel mit höchstens 15 Namen ab, er darf die Namen nur einer Parteiliste entnehmen; setzt er Namen aus anderen Listen darauf, so ist der Stimmzettel ungültig.

Ebenso ungültig ist das Aufschreiben nichtvorgeschlagener Personen. Zulässig ist nur Streichung oder Aenderung der Reihenfolge innerhalb der Parteiliste; aber dies ist völlig zwecklos, da es am Resultat absolut nichts ändert. Jede Aenderung an den Parteistimmzetteln ist danach zwecklos, beraubt nur den Wähler seiner Stimme, da sie meist zur Ungültigkeit führt. Der Wähler hat sich für politische Programme zu entscheiden, nicht für Personen.

### Demokratische Kandidaten für Hessen-Nassau.

Im Wahlbezirk Hessen-Nassau (einschl. Wehlar und Waldeck) sind der Deutschen Demokratischen Partei für die Deutsche Nationalversammlung die folgenden Kandidaten aufgestellt worden:

1. Bürgermeister Dr. Luppe - Frankfurt a. M.,
2. Oberbürgermeister Koch - Kassel,
3. Professor Schüding - Marburg a. d. L.,
4. Hrl. Dr. Anna Schulz - Frankfurt,
5. Landwirt Cornelius Trieschmann - Oberellendach (Kurheffen),
6. Rektor Breidenstein - Wiesbaden,
7. Arbeitersekretär Walzer - Frankfurt a. M.,
8. Fabrikant Kreuter - Hanau,
9. Maurermeister Chr. Müller - Kassel,
10. Oberlehrerin Rappes - Marburg,
11. Postsekretär Wehstedt - Frankfurt,
12. Barrer Stein - Kassel,
13. Kaufmann Jiegenmeyer - Idstein,
14. Landwirt Schuster - Cubach (Nassau),
15. San.-Rat Winkhaus - Bad Wildungen.

### Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Kandidaten der Deutschen Demokratischen Partei treten u. a. ein für radikalen Ausbau des Arbeitsrechtes, restlose Koalitionsfreiheit, Regelung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge, Notstandsarbeiten und paritätische Arbeitsnachweise, öffentlichen Schutz für schwerorganisirbare Berufe (Heimarbeiter usw.), erweiterte Schutzbestimmungen für Mütter. Arbeiter und Arbeiterinnen, wir alle wählen am 19. Januar die Partei des sozialen Rechts, die Liste der

Deutschen Demokratischen Partei, die Liste Luppe.

## Angestellte!

Die Deutsche Demokratische Partei tritt ein für:

Schnellste bessere Versorgung der Kriegsteilnehmer;  
Gleichstellung der Kriegsbeschädigten, keine Anrechnung der Rente;  
Reiflosen Ausbau der Kaufmannsgerichte;  
Berufsvertretung in Kammern;  
Mindergehälter, Bezahlung der Ueberstunden;  
Kampf mit der unsittlichen Konkurrenz-Klausel!  
Durchgreifende Reform des Angestelltenrechtes.  
Unbedingte Koalitionsfreiheit.  
Angehörige

Handlungsgehilfen

Techniker

wählen die Liste der  
Deutschen Demokratischen Partei,  
die Liste Luppe.

## Die Wahl ist geheim!

Alle Wahnnahmen sind getroffen, das Wahlgeheimnis zu sichern. Aber kein Mann und keine Frau darf fehlen.

Wahlrecht ist Wahlpflicht!

## Männer und Frauen vom Deutschen Bauernbund!

Einmütig hat der Ausschuss unserer Organisation in seiner Sitzung vom 28. November 1918 den Abschluß eines Wahlbündnisses mit der Deutschen Demokratischen Partei beschlossen.

Im Auftrage:

Böcher, M. d. R.

Dr. Böhme, M. d. R.

## Frauen und Mädchen!

Von einer deutschen Frau erhalten wir zur Veröffentlichung den folgenden offenen Brief:

Haben wir Frauen und Mädchen in Deutschland das Wahlrecht gewollt? Manche von uns haben es verlangt, aber die allermeisten haben nie bisher daran gedacht als an eine ernstliche Sache, die so schnell Wirklichkeit werden könnte. Jetzt ist uns das Recht gegeben und jetzt müssen wir auch davon Gebrauch machen, wenn wir uns nicht

in's eigene Fleisch schneiden

wollen; denn wenn am 19. Januar falsch gewählt wird, dann kann es so kommen, daß ganz Deutschland zu Grunde geht und wir alle zusammen mit samt unseren Lieben verhungern und verelenden.

Deshalb, wenn wir wollen, daß Haus und Hof in der Familie bleibt, und unserer Hände Arbeit uns und die Unseren nützt, dann müssen wir unseren Stimmzettel abgeben.

Wenn wir wollen, daß unsere Kinder zu allem Guten erzogen werden, daß nicht die Sozialdemokratie den Religionsunterricht aus der Schule hinauswerfe, daß nicht die kapitalistischen „Volksparteien“ die besseren Schulen bloß für reicher Leute Kinder reservieren, dann müssen wir unseren Stimmzettel abgeben.

Wenn wir wollen, daß Ruhe und Ordnung in Deutschland wieder eintreten, daß jeder-mann wieder friedlich an seine Arbeit gehen kann, dann müssen wir unseren Stimmzettel abgeben.

Wenn wir wollen, daß nie wieder alldeutsche Gewaltpolitiker zusammen mit den Gewaltpolitikern der fremden Länder die Menschheit in ein so grauenvolles Nordland stürzen, wie wir es jetzt 4 1/2 Jahre lang erlebt haben, dann müssen wir unseren Stimmzettel abgeben.

Wenn wir das alles wollen, dann heißt es aber auch

den richtigen Stimmzettel

abzugeben, und das ist für uns alle, Frauen und Mädchen, der demokratische Stimmzettel, der

mit dem Namen Luppe beginnt.

Deshalb ist unsere Wahlpflicht, daß wir am 19. Januar zum Wahllokal gehen und keinen anderen Stimmzettel dort in den amtlichen Umschlag und dann in die Wahlurne stecken, als den der

Deutschen Demokratischen Partei,  
die Liste Luppe.

## Sind die Demokraten religionsfeindlich?

Nein, im Gegenteil! Nur wer sie gar nicht kennt oder wer der Deutschen Demokratischen Partei etwas Böses anhängen will, kann ihr etwas derartiges vormwerfen. Der beste Beweis für die Unwahrheit des Vorwurfs ist die Tatsache, daß der Deutschen Demokratischen Partei zahlreiche Geistliche angehören und daß sie auch überall Geistliche auf ihrer Kandidatenliste stehen hat. In unserem Wahlbezirk Hesse-Rassau (samt Weimar und Badena) kandidiert der in ganz Kurhessen bekannte Pfarrer Stein aus Kassel für die Nationalversammlung des Reiches und der frühere Pfarrer Martin Rabe, der jetzt an der Marburger Universität Professor der Theologie ist, für den preussischen Landtag. Das sind beides Namen, die in allen christlichen Kreisen verehrt werden und beide Männer sind gute Demokraten. Wer mag es angeht, dieser Tatsache, die demokratische Partei in einen Gegensatz zu Kirche oder Religion zu bringen?

Freiheit des Gewissens und der Religionsübung.

Das ist die Grundforderung der deutschen Demokratie. Freiheit des Gewissens für jeden, wie er auch denken mag. Freiheit der Religionsübung für jede Kirche, sie sei evangelisch oder katholisch, auch für die Juden, für jede Sekte in Stadt und Land und für jede freie Gemeinde. Wie aber soll heute diese Freiheit für alle Religionsübung gesichert und verbürgt werden? Dafür gibt es nur einen Weg und der heißt: Trennung von Staat und Kirche. Dies ist deshalb die Forderung der demokratischen Partei, obwohl sie dafür viel angefeindet wird. Aber sie stützt sich auf ihr reines Gewissen und darauf, daß

Hundert von Geistlichen

mit ihr die Trennung von Staat und Kirche verlangen. Wir leben jetzt in der Deutschen Republik, in der vielleicht zeitweise und vielleicht manchmal längere Zeit hindurch sozialdemokratische Mehrheiten herrschen können. Sollten christliche Gemeinden sich wünschen von solchen sozialdemokratischen Mehrheiten dauernd abhängig zu sein? Das werden sie gewiß nicht tun. Aber welchen anderen Weg gibt es, wenn sie ihre Unabhängigkeit sichern wollen, als den Weg, der da heißt: laßt uns die Kirche vom Staate los trennen, laßt uns die Kirche zu einer freien Volkskirche machen!

Dies ist das Ziel der deutschen Demokratie. Aber freilich den Weg lehnt die Demokratie auf entschiedenste ab, den der unabhängige Sozialdemokrat Adolf Hoffmann als preussischer Kultusminister wählen wollte, um, ohne die Kirche auch nur zu fragen, jene schwerwiegende Trennung auf dem Verordnungswege durchzuführen. Gegen solche selbstherrliche und freiheits- und volksfeindliche Gewalttätigkeit legen alle wahren Demokraten

schärfste und entsetzte Verwahrung

ein. Es versteht sich von selbst, daß nur die Nationalversammlung des ganzen deutschen Volkes eine so folgenreiche Maßnahme durchführen könnte. Es versteht sich auch von selbst, daß vorher mit allen kirchlichen Organisationen darüber verhandelt werden müßte. Jedenfalls ist es klar, gegen welche Kirche es auch immer sei, lehnen wir von vornherein ab; er würde dem Grundgedanken der Demokratie widersprechen. Jeder Feindseligkeit wie diejenigen, mit denen man in Frankreich die Gläubigen und ihre Seelsorger verfolgt hat, müssen in einer deutschen Republik unter allen Umständen fernbleiben. Nur im friedlichen Einvernehmen mit der Kirche kann die Trennung, wie wir sie uns denken, erfolgen und alle finanziellen Rechte der Glaubensgemeinschaften müssen dabei aufs peinlichste gewahrt bleiben.

Vor allem aber muß jeder Kirche, jeder Sekte, jeder Gemeinde die volle Möglichkeit gewahrt bleiben, ihre religiösen, ihre wichtigsten kulturellen Aufgaben zu erfüllen. An der Spitze dieser Aufgaben steht

die religiöse Erziehung der Jugend.

Diese darf in keiner Weise beeinträchtigt werden, aber sie darf auch nicht erzwungen sein. Der freie Wille der Eltern soll darüber entscheiden, wie und wo der Religionsunterricht ihrer Kinder zu erfolgen hat. Ein großer Teil, gewiß die größere Hälfte unseres Volkes, verlangt in seinem Gewissen, daß der Religionsunterricht auch künftig so wie bisher in der Schule selbst abgehalten werden soll. Dieses Verlangen abzuschlagen, wie es die Sozialdemokratie tut, das halten wir Demokraten für eine Vergewaltigung des Volksgewissens.

Der Geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Demokratischen Partei für das ganze Reich hat folgenden Beschluß gefaßt:

Religionsunterricht in der Schule wird von uns für erforderlich gehalten. Es muß jedem Kinde Gelegenheit geboten werden, den Unterricht in seinem Bekenntnis zu erhalten ohne Gewissenszwang für Eltern und Lehrer. Wie die Auseinandersetzung zwischen Kirche und Schule gestaltet werden soll, bleibt den Verhältnissen und Bedürfnissen der Einzelstaaten überlassen.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß ohne Zwangsbeschlüsse die Seelsorge in Heer, Marine usw. zugelassen werden soll.

Das Selbstbestimmungsrecht der kirchlichen Korporationen soll aufrecht erhalten werden.

Das Eigentum der Kirche muß gesichert sein, und bei einer etwaigen Trennung von Kirche und Staat muß der Staat alle billigen Entschädigungsansprüche leisten, ohne daß er damit eine allgemeine Verpflichtung für weitere dauernde Subventionen übernimmt.

Dies ist das Programm und die Politik der Deutschen Demokratischen Partei. Die Demokratie ist die einzige Partei, welche einen ganz klaren Weg für die künftige Regelung der kirchlichen und religiösen Beziehungen vor sich sieht, und welche den Wählern in voller Offenheit diesen Weg bezeichnet. Die Demokratie führt den einzigen Weg, auf dem es keine Vergewaltigung gibt, auf dem jeder, er sei gläubig oder nicht, welcher Kirche, welcher Sekte, welcher Gemeinde er auch angehören mag, volle Freiheit des Gewissens für sich und seine Kinder verbürgt findet. Wer diesen Weg mit uns gehen will, der wähle die Liste der

Deutschen Demokratischen Partei  
die Liste Luppe.

## Männer und Frauen des Mittelstandes!

Die Deutsche Demokratische Partei fordert die Wiederaufrichtung der selbstständigen Betriebe im Handwerk und Kleinhandel durch Zuführung von Aufträgen, Rohstoffen und Kredit.

Berufliche Selbstverwaltung.

Freiwilligen Ausbau der Handwerkskammern, Zünfte usw.

Pflege des Genossenschaftswesens für den Mittelstand.

Herabsetzung des Verdingungspreises (angemessene Preise).

Hebung der technischen und kaufmännischen Leistungsfähigkeit.

Aufrechterhaltung der Handwerkslehre.

Baldigste Wiederaufnahme der Bautätigkeit.

Für alle diese Reformen, die unbedingt notwendig sind, wenn wir den für ein gesundes Volksleben unentbehrlichen selbstständigen Mittelstand erhalten wollen, bürden nur die Kandidaten der

Deutschen Demokratischen Partei.

Alle Männer und Frauen des Mittelstandes wählen deshalb am 19. Januar  
die Liste Luppe.

## Verkleidete Volksparteien!

Wer mag es, sich heute noch konservativ oder nationalliberal zu nennen? Die Herren sind vorsichtig geworden, und jeder hat sich ein neues Mäntelchen umgehängt. Die Konservativen, die Antisemiten, die Großagrarien haben sich zusammengetan und sind alle miteinander unter das Schilb einer

„Deutschnationalen Volkspartei“

gezogen. Sind sie deshalb andere Menschen, andere Politiker geworden? Nein! Sie werden immer noch so wie früher für die Interessen der großen Herren, der reichen Leute eintreten. Aber sie haben Angst, das einst von ihnen ausgeübte und geschmeichelte und nur von ihnen in die furchtbare Niederlage dieses Krieges hineingeführte Volk könne sie zur Rechenschaft ziehen.

Auch die Rechtsnationalen, das sind die alten deutschen Annerkennung und die Vertreter des Interesses der Schwerindustrie, haben sich, weil sie von derselben Angst erfüllt sind, einen falschen Bart umgebunden und der heißt:

„Deutsche Volkspartei.“

Stresemann, Fuhrmann und Lohmann sind immer noch ihre Führer, die wilden Kriegshelden und die volksfeindlichen Bekämpfer des gleichen Wahlrechtes. Der bekannte Führer des deutschen „Vortrupps“, der im ganzen Reich von zahlreichen Anhängern verehrt wird, Herr Hermann Böcker, schreibt über diese beiden Parteien:

„Diese Leute haben Deutschlands Zusammenbruch bewirkt, indem sie alles niederknüpelten oder niederknüpeln wollten, was für einen rechtzeitigen Verhängnisfrieden und damit für die einzige für Deutschland mögliche Rettung arbeitete. Und kommen sie aus Neue zur Macht, so werden sie — das ist keine Frage — eine Politik treiben, die zu einer neuen Menschenschlächterelei führt.“

Wer die Liste der „Deutschen nationalen Volkspartei“ oder der „Deutschen Volkspartei“ wählt, der verurteilt damit schon jetzt seine eigenen Söhne zum Tode auf einem künftigen Schlachtfeld.

Diese Leute sind für Deutschland ein Uebel, das nur noch vom Spartakusbund, von Dickknecht und Rosa Luxemburg übertrifft wird.“

Auch das Zentrum nennt sich jetzt zuweilen

„Christliche Volkspartei.“

Aber es hat sich damit so wenig geändert wie jene anderen. Die schwarze Farbe ist geblieben. Geblieben ist die einseitige Vertretung der Interessen der katholischen Kirche. Geblieben ist es die Partei des Vatikans in Rom. Und Männer des Zentrums waren es, die schon im Oktober 1918 daran gearbeitet haben, Bayern vom Reich loszutrennen durch einen Sonderfrieden mit der Entente. Männer des Zentrums waren es, die zuerst den Gedanken aufwarfen, die Rheinprovinz zu einem selbstständigen Staate zu machen. Dann wäre der Rhein kein deutscher Strom mehr und ohne die Kohlen-schäke und die Industrie jener Provinz wäre das übrige Deutschland wohl nicht mehr im Stande, von dem Zusammenbruch dieses Krieges sich jemals wieder zu holen. Männer des Zentrums waren es auch, die von einer selbstständigen Republik Schlesiens gesprochen haben; auch die gewaltigen schlesischen Bergwerke sollten unserem Vaterlande verloren gehen.

Das sind die drei Parteien, die sich heute „Volkspartei“ nennen, und wir möchten wohl wissen, welcher aufrechte deutsche Mann ihnen am 19. Januar seine Stimme wird geben wollen?

## Beamte!

Gab es in unserem alten Beamtenstaat einen un-freieren Stand als den der Beamten? Gewiß nicht! Deshalb verlangt die Demokratie u. a.

Mitbestimmungsrecht der Beamten.

Selbstgewählte Disziplinargerichte.

Reform der Beamtenbesoldung.

Frühere Anstellung des Beamten.

Im Gegensatz zur Sozialdemokratie treten die Kandidaten der Demokratischen Partei für Aufrechterhaltung unseres Berufsbeamtenstandes ein.

Deshalb wählen alle

Beamten die Liste der  
Deutschen Demokratischen Partei,  
die Liste Luppe.